

Politik & Wirtschaft

«Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen»

Deutschland verschärft Grenzregime Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr fordert eine deutliche Antwort von Asylminister Beat Jans. Der Aargauer SP-Regierungsrat Dieter Egli stärkt hingegen dem Bundesrat den Rücken.

Mario Stäubli, Barbara Stähler und Markus Brotschi

Nur einen Tag nachdem der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt einen Kurswechsel in der Asylpolitik angekündigt hatte, haben die deutschen Grenzbehörden das verschärfte Grenzregime konkretisiert. In einem ersten Schritt werden an den Grenzübergängen die Kontrollen verschärft, wie gestern eine Sprecherin der deutschen Grenzbehörden sagte. Wer in Deutschland ein Asylgesuch stellen will, muss künftig mit einer Rückweisung rechnen – etwa in die Schweiz.

Umfassende Rückweisungen von Asylsuchenden wird es aber kaum geben. Dazu fehlt den deutschen Grenzbehörden zum einen das Personal. Die intensiveren Kontrollen finden vorerst mit dem gleichen Personalbestand statt wie bisher. Zum anderen sind sogenannte vulnerable Personen von Rückweisungen ausgenommen, wie Katharina Kessler, Sprecherin der deutschen Bundespolizei, in Weil am Rhein vor den Medien sagte. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schwangere oder Kinder.

Laut Kessler hat es an der Grenze zur Schweiz bereits Rückweisungen gegeben. Wie viele das sind, konnte sie nicht sagen. Bis dahin wies Deutschland lediglich Personen zurück, die aus Drittstaaten stammen und über keine gültigen Reisepapiere verfügten sowie keinen Asylantrag stellen wollten.

Fehr: «Zeitenwende in der Asylpolitik»

Der neue asylpolitische Kurs weckt auch in der Schweiz den Ruf nach einer Verschärfung. Der parteilose Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr geht davon aus, dass die härtere Gangart Deutschlands in der Schweiz bald spürbar wird. Die Schweiz



Die deutsche Bundespolizei verstärkt ihre Kontrollen an der Grenze zur Schweiz, um die illegale Migration einzudämmen. Foto: Keystone

müsse nun an der schweizerisch-deutschen Grenze Gegenrecht halten. Der Zürcher Sicherheitsdirektor erwartet eine deutliche Antwort des Bundesrats an die Adresse Deutschlands. «Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, dass sich benachbarte Staaten nicht an die Regeln von Schengen/Dublin halten.»

Für Fehr ist aber auch klar, dass die Schweiz ihre Asylpolitik grundlegend neu aufstellen

muss. «Wir erleben eine Zeitenwende in der europäischen Asylpolitik.» Dabei sei Deutschland entscheidend. Die deutsche Regierung habe 2015 die europäische Asylpolitik umgekrempelt, nun passiere das wieder. «Bundesbern hat das noch nicht verstanden. Die schweizerische Asylpolitik grenzt an Realitätsverweigerung», sagt Fehr.

Der Aargauer Sicherheitsdirektor Dieter Egli (SP) stärkt

hingegen Justizminister Beat Jans den Rücken. «Es ist nachvollziehbar und richtig, dass der Bundesrat zuerst das Gespräch mit der deutschen Regierung sucht, statt voreilig allfällige Retorsionsmassnahmen einzuleiten.» Er bezweifle, dass Grenzkontrollen als Mittel gegen irreguläre Migration «in jedem Fall effizient und wirkungsvoll sind». Das Problem betreffe alle EU-Staaten. Des-

halb brauche es gemeinsame Massnahmen, die im europäischen Verbund erarbeitet werden müssten.

Der abrupte Kurswechsel, den die deutsche Regierung nur einen Tag nach der Amtsübernahme verkündet hat, führte am Mittwoch bei Justizminister Beat Jans zu Irritationen. Deutschland habe diese Massnahmen ohne Absprache mit der Schweiz getroffen, kritisierte



Erwartet eine Reaktion: Mario Fehr. Foto: Jonathan Labusch

Jans. Systematische Zurückweisungen an der Grenze verstiesse gegen geltendes Recht. Gestern telefonierte Jans mit seinem deutschen Amtskollegen Dobrindt.

Beeinträchtigung des Pendlerverkehrs?

Die SVP nimmt die angekündigte Asylwende Deutschlands zum Anlass, einen «sofortigen Asylstopp» an allen Schweizer Grenzen zu fordern. Im Gegensatz zum neuen deutschen Innenminister habe Justizminister Jans die Zeichen der Zeit auch nach anderthalb Jahren im Amt noch nicht erkannt, schreibt die SVP in einer Mitteilung. Statt der deutschen Regierung für den wegweisenden Schritt zu danken und es ihr gleichzutun, kritisiere Jans Deutschland mit belehrenden Posts. Wenn Tausende Asylsuchende an den deutschen Grenzen zurückgewiesen würden, strandeten diese in der Schweiz, warnt die SVP.

Der Aargauer Sicherheitsdirektor zeigt sich vor allem besorgt darüber, dass verschärfte Grenzkontrollen den beruflichen Pendlerverkehr beeinträchtigen könnten. Täglich überqueren rund 12'300 Personen aus Deutschland die Grenze, um im Aargau zu arbeiten. Die gleichen Sorgen gibt es auch bei Pendlerinnen und Pendlern in der Region Basel, dass diese verschärften Kontrollen zu Staus an den Grenzübergängen führen.

Trumps Abkommen mit Grossbritannien gilt als Blaupause für die Schweiz

Zollstreit Die Schweiz verhandelt heute mit den USA weiter über eine Milderung der Strafzölle. Die Einigung der Briten hilft ihr dabei.

Investitionen, Landwirtschaftszölle, Bildung: In diesen drei Bereichen will die Schweiz den USA im Zollstreit entgegenkommen. So viel haben Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin in Washington preisgegeben. Was die Schweiz sonst noch angeboten hat und woran die Trump-Administration am stärksten interessiert ist, ist nicht bekannt.

Heute werden die Gespräche nun in Genf fortgesetzt. Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin treffen zum einen US-Finanzminister Scott Bessent und den Handelsbeauftragten Jamieson Greer, zum anderen Vertreter der chinesischen Delegation, die für Gespräche mit den USA in Genf weilt. Das Ziel des Austausches mit den USA ist es, die Basis für Verhandlungen im Zollstreit zu konkretisieren. Der erste Schritt wird eine Absichtserklärung sein. Auf deren Basis würde der Bundesrat ein Verhandlungsmandat beschliessen.

Gesprochen wird über die Zölle. Zurzeit betragen diese 10 Prozent. Die USA haben aber sogenannte reziproke Zölle gegen die Schweiz in Höhe von 31 Prozent angedroht. Wie auch Zölle von 25 Prozent auf Pharmaprodukte. Die Pharmaindustrie ist von den US-Strafzöllen bislang ausgenommen, doch US-Präsident

Trump schliesst Deal mit Briten – EU droht mit Gegenzöllen

US-Präsident Donald Trump hat einen Handelspakt mit Grossbritannien als Erfolg seiner Zollpolitik angepriesen. «Es ist ein sehr grosser Deal», sagte Trump gestern im Weissen Haus. Auch mit der EU wolle er eine Vereinbarung treffen, sagte Trump – ungeachtet der Drohkulisse aus Brüssel, das sich Gegenzölle auf US-Exporte im Wert von knapp 100 Milliarden Euro vorbehält. Für die USA ist es die erste Vereinbarung mit einem wichtigen Handelspartner seit Trumps Verhängung von Strafzöllen.

Donald Trump hat diese Woche erneut angekündigt, dass er auch Medikamente mit Zöllen belegen will. Die Schweiz würde dies stark treffen, da sie rund 60 Prozent der Exporte in die USA ausmachen, sie hat aber durchaus gute Aussichten auf ein Abkommen mit den USA, um die US-Strafzölle zumindest zu mildern.

Beim Import von Stahl und Aluminium sowie von Autos und Autoteilen aus Grossbritannien wurden bislang Zölle in Höhe von 25 Prozent erhoben. Durch den Deal können die Briten nun pro Jahr 100'000 Autos in die USA exportieren, auf die nur der Zollsatz von 10 Prozent fällig wird. Der Export von Triebwerken und Flugzeugteilen des Konzerns Rolls-Royce ist den Angaben zufolge sogar zollfrei. Im Gegenzug soll eine britische Fluglinie Flugzeuge des US-Herstellers Boeing für einen Milliardenbetrag kaufen. (DPA)

Sie gehört zu einer Gruppe von inzwischen 17 Staaten, mit denen die USA rasch eine Einigung erzielen möchten. Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter zeigte sich bei SRF zuversichtlich, dass die USA eine Lösung anstreben.

Grund zur Hoffnung gibt auch die nur einen Tag vor dem Treffen in Genf getroffene Handelsvereinbarung zwischen den USA und Grossbritannien. Diese hebt Strafzölle für die wichtigsten Handelsgüter auf und kann als Blaupause für die Schweiz gelten.

Was die Briten bereits erreicht haben

«Das Abkommen zwischen den USA und Grossbritannien könnte als Vorlage dienen, denn es nimmt bestimmte für die Exporte wichtige Sektoren von den Zöllen aus», sagt Rahul Sahgal, Direktor der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

Grossbritannien hat in seinen Verhandlungen erreicht, dass der

wichtige Auto- und Stahlsektor von den Zöllen ausgenommen wird. Zugleich haben die Briten den USA gegenüber Zugeständnisse bei Agrexporten gemacht. Die Briten wollen zudem weiter über den pauschalen US-Strafzoll in Höhe von 10 Prozent verhandeln. Für die Schweiz kann dies ein Signal sein, dass es auch hier Spielraum gibt.

Das Abkommen mit Grossbritannien ist das erste, das die USA nach der Verhängung der Strafzölle getroffen haben. Derzeit verhandeln sie neben der Schweiz auch mit der Europäischen Union, Kanada, Mexiko oder Indien über solche bilateralen Vereinbarungen.

Schweizer Firmen werden an den Gesprächen in Genf nicht teilnehmen, auch keine Verbandsvertreter. «Derzeit ist der Bundesrat im Lead, und wir verfolgen die Entwicklungen», sagt Markus Ritter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbands und Mitte-Nationalrat. Für die Schweiz denkbar sind

Lockerungen bei Zöllen und Handelshemmnissen für gewisse Landwirtschaftsprodukte.

Auf globales Interesse stösst das geplante Treffen zwischen Vertretern der Vereinigten Staaten und Chinas in Genf. Es handelt sich um das erste Treffen der beiden Parteien im Handelsstreit. Dass es auf Schweizer Boden stattfindet, ist ein diplomatischer Erfolg: Die Schweiz habe den amerikanischen und den chinesischen Behörden bei Kontakten in Washington die Bereitschaft signalisiert, ein Treffen zu organisieren, schreibt das Auswärtige Departement.

Die USA hingegen spielen das Treffen mit den chinesischen Vertretern in ihrer Kommunikation herunter: Das Finanzministerium schrieb im letzten Satz seiner Mitteilung, während Scott Bessent in der Schweiz weile, werde er auch Vertreter Chinas treffen.

Isabel Strassheim, Charlotte Walser und Claudia Gnehm